

zialistische Reichspartei zu verbieten, da ihr die Rechtsgrundlagen für ein solches Vorhaben fehlen.“ („Neuer Vorwärts“, 11. Mai 1951.)

Dieselbe sozialdemokratische Koalitionsregierung aber verbot auf Weisung Adenauers — ebenso wie alle anderen Länderregierungen — wider alle verfassungsmäßigen Grundrechte die Volksbefragung gegen die Remilitarisierung und für den Abschluß eines Friedens Vertrages mit Deutschland sowie die Freie Deutsche Jugend. Die sozialdemokratische Bundestagsfraktion verhalf der Adenauer-Regierung sogar zur Annahme des sogenannten Blitzgesetzes. Nach diesem Terrorgesetz kann jedes Auftreten gegen die Kriegsvorbereitungen der Bonner Regierung, jede Kritik an ihr oder an ihren Organen als Hochverrat oder Vorbereitung dazu bestraft werden. Mit seiner Hilfe sollen Streiks gegen die Remilitarisierung verboten und jeder Meinungsaustrausch zwischen Ost und West unterbunden werden.

Genossen von der Sozialdemokratie! Laßt Euch nicht von der Versicherung irreführen, dieses Terrorgesetz richte sich nur gegen die Kommunisten. Heute trifft es die KPD, die FDJ oder andere Friedenskämpfer, aber vielleicht morgen schon Sozialdemokraten und Gewerkschafter. Hat es nicht auch in der Weimarer Republik mit dem Republikschutzgesetz begonnen, das anfangs nur gegen die Kommunisten Anwendung fand, um schließlich bei dem un verhüllten Terror der Gestapo zu enden?

Noch ist es nicht zu spät, ihn zu vermeiden.

Das aber erfordert den gemeinsamen Kampf der Sozialdemokraten und Kommunisten, der Gewerkschafter und unorganisierten Arbeiter gegen jeden Anschlag auf ihre sozialen Rechte und demokratischen Freiheiten, gegen die geplante Wehrpflicht und alle Formen der Remilitarisierung, gegen jede Verschlechterung ihrer Lebenshaltung. Für diesen gemeinsamen Kampf muß in den Betrieben und Gewerkschaften, Gemeinden, Kreisen und Ländern, kurz überall, wo sich Gelegenheit dazu bietet, die Aktionseinheit von Sozialdemokraten und Kommunisten geschaffen werden.

Dr. Schumacher verhandelt hinter verschlossenen Türen mit Heuß, Adenauer und sogar mit den Hitlergeneralen Speidel und Heusinger. Die DGB-Führer sitzen im „Paritätischen Ausschuß für Löhne und Preise“ mit den übelsten Scharfmachern in trauter Arbeitsgemeinschaft zusammen. Euch aber, sozialdemokratische Genossen und Gewerkschaftskollegen, wollen dieselben Leute verbieten, daß Ihr mit Euren kommunistischen Genossen und Kollegen, die mit Euch das gleiche